## **Wolfrudolf Laux**

## Zur Gründungsgeschichte des Berliner Arbeitskreises Information

Wenn anlässlich der zukunftsorientierten Feier des 50jährigen Bestehens des Berliner Arbeitskreises Information (BAK) auch ein Blick in die Vergangenheit geworfen wird, dann aus zwei Gründen. Zum einen, weil der Altpräsident Richard von Weizsäcker einmal gesagt hat "Wer keine Geschichte hat, hat auch keine Zukunft". Zum anderen, weil diese Gründung unter Umständen und Bedingungen erfolgte, die weit von den heutigen Verhältnissen entfernt sind und die Anpassungsfähigkeit des Arbeitskreises an sich verändernde Verhältnisse aufzeigen.

Blicken wir also in das Jahr 1964, in dem der 21. Januar als Gründungsdatum festgelegt ist. Dass der BAK nicht in einem Urknall entstanden ist, sondern langjährige Diskussionen, Erwägungen und Erörterungen der Gründung vorausgingen, die in den Jahren 1963, 1962 und 1961 erfolgten, liegt auf der Hand. Der Bau der Mauer in Berlin löste nicht nur in der Stadt einen Schock aus, sondern weckte die Erinnerung an die Blockade von 1948/49, mit der die Westberliner Bevölkerung von der Sowjetunion schlichtweg ausgehungert werden sollte, ebenso wie an das sogenannte Chruschtchow-Ultimatum von 1958, durch das Westberlin in eine "Freie Stadt" - wer dachte da nicht an das traurige Schicksal der "Freien Stadt Danzig" 1939! - umgewandelt werden sollte, um die Rechte und Pflichten der Westalliierten für Freiheit und Lebensfähigkeit der Stadt zu beseitigen.

Diese erneuten Bedrohungen der Stadt lösten vielseitige Überlegungen aus, wie die Existenz und Zukunft der Stadt gesichert werden könnte. So wurde vorgeschlagen, in Westberlin besonders Industrie, Wirtschaft und Unternehmungen zu stärken, die nicht auf einen Material- und Gütertransport auf dem Landwege angewiesen waren und so von einer möglichen neuen Blockade der Transitwege unabhängig waren. Dazu zählte Kultur und Wissenschaft, aber auch konkret Information und Dokumentation.

Dies war nicht ganz überraschend, denn nach dem "Sputnik-Schock" in den USA, der ja auch durch unzureichende Literaturkenntnis in den USA bedingt war, und dem die Bedeutung von Information und Dokumentation (IuD) erläuternden "Weinbergbericht", waren auch in Deutschland diesbezügliche Aktivitäten entstanden, so die Gründung des Instituts für Dokumentationswesen der Max Planck Gesellschaft in Frankfurt und der IuD-Bericht des Bundesrechnungshofes 1962.

Das wurde auch in Westberlin bemerkt und im Mai 1962 legte das Abgeordnetenhaus einen "Kulturplan Berlin" vor, in dem z.B. die Errichtung einer "Weltdokumentationszentrale" vorgeschlagen wurde. Dass als Muster dafür ausgerechnet das sowjetische Allunionsinstitut für wissenschaftlich-technische Information (VINITI) in Moskau vorgeschlagen wurde, mag heute als Geschmacklosigkeit hingehen. Schwerer wog, dass diese Vorschläge bar jeglicher Sachkenntnis erfolgten, insbesondere weil zu den zahlreichen Personen und Institutionen, die in der Stadt schon mit IuD befasst waren, keinerlei Kontakte aufgenommen worden waren.

Einige dieser Personen sahen sich deshalb veranlasst, nun selbst aktiv zu werden. An ihrer Spitze Prof. Dr .Pfender, der als Präsident der Bundesanstalt für Materialprüfung die

Bedeutung von IuD gut kannte, als Präsident einer der von der DDR in Westberlin als illegal bezeichneten Bundesbörden die diesbezüglichen Schikanen kannte und politisch zu werten wusste, und in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik optimal vernetzt war. Hinzu kamen der Deutsche Normenausschuss, der schon vor dem 2. Weltkrieg in IuD aktiv war, sowie die Teilnahme von Prof. Dr. Kaegbein, der als Direktor der Bibliothek der Technischen Universität seine Institution schon vielfältig für IuD geöffnet hatte. Das war damals noch nicht selbstverständlich, denn die Zeiten, in denen die Bibliothekare die Dokumentare als illegitime Kinder bezeichneten, lagen noch nicht lange zurück. Erwähnt werden muss noch Prof. Schober, der erste Hochschullehrer in Deutschland, der - an der FU Berlin – das Fach "Informationswissenschaften" vertrat.

Nach intensiven Beratungen, auch mit den zuständigen Senatsverwaltungen (wenn auch zunächst nur in 4-Augengesprächen) zeigte sich, dass die erwünschte Wirksamkeit der Gesprächsrunde eine Institutionalisierung erforderlich machte. Auch eine Abkoppelung von den Entwicklungen in der Bundesrepublik, wo z. B. in Frankfurt die DGD aktiv wurde, wo die Max Planck Gesellschaft die Gründung der "Zentralstelle für maschinelle Dokumentation" vorbereitete und sich erste regionale Arbeitskreise bildeten, musste vermieden werden.

Deshalb beschlossen die oben genannten Persönlichkeiten, verstärkt durch Vertreter der Industrie und Handelskammer, der FU (Wieland Schmidt) und der TU am 22. November 1963 die Gründung des "Berliner Arbeitskreis Information".

Die Gründerväter waren sich allerdings einig, dass für das neue Gremium eine "Anerkennung" von außerhalb nützlich sei und beantragten deshalb bei der DGD die Aufnahme als offizieller regionaler Arbeitskreis. Diesem Antrag wurde mit einem Schreiben des Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Dokumention Professor Arntz vom 21.1 1964 entsprochen. Damit war der BAK der erste regionale Arbeitskreis der DGD/DGI und wohl bis heute der einzige, der diese Verbindung auch in seiner Satzung festgeschrieben hat.

Eine Satzung gab es damals allerdings noch nicht und der Vorwurf, der BAK sei ein "Honoratiorenverein," war durchaus zutreffend. Aber es waren eben Personen, die Verantwortung trugen und für richtig Befundenes auch realisieren konnten. Schon im Dezember 1964 erschien eine Denkschrift "Über den notwendigen Ausbau der Dokumentation in Berlin", die zu einer engen, später von Senatsrat Peter Schuhe betreute Zusammenarbeit mit den zuständigen Senatsverwaltungen führte. Und schon im Herbst 1964 fand der erste Jahreslehrgang für Dokumentation in Berlin statt. 1967 erhielt der BAK in Dieter Fleischer einen Geschäftsführer, der viele Jahre die Geschicke des BAK erfolgreich betreute und auf dessen Bericht zum 25jährigen Bestehen des BAK auch dieser Bericht basiert.

Erst 1977 wurde der BAK neu gegliedert und erhielt eine Satzung, die ihm bis heute und hoffentlich auch in der Zukunft ein erfolgreiches Wirken ermöglicht.